



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Digitalisierung Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 21. Mai 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-22-0021

Liegengebliebene Digitalisierungsprojekte und Raubbau an Digitalisierungsmitteln - Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 15.05.2024 -

Mit der Vorlage 24-V-36-0002 möchte der Magistrat den Klimatopf mit Investitionsmitteln des Amtes für Innovation, Organisation und Digitalisierung aufstocken. Insgesamt sollen 2 Millionen Euro, die ursprünglich von der Stadtverordnetenversammlung zweckgebunden für investive Beschaffungen des IOD zur Verfügung gestellt wurden, u.a. für Klimaanpassungsmaßnahmen in städtischen Liegenschaften, Projekte zur regenerativen Energieerzeugung und neue Solaranlagen verwendet werden.

Dies überrascht angesichts des hohen Investitionsmittelbedarfs, den die Verwaltungseinheiten bei den letzten Haushaltsberatungen angemeldet hatten und dem seitens der Kooperation aber nur teilweise oder gar nicht entsprochen wurde. Genannt seien hier die Erneuerung der IT-Infrastruktur der Feuerwehr unter dem Gesichtspunkt der Informationssicherheit, OZG-Software im Kassen- und Steueramt, die Digitalisierung im Veterinäramt, die WI-Boxen zur kontaktlosen Abholung von Dokumenten in den städtischen Vororten und die Fortführung von Smart City-Projekten.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wieso im IOD in 2023 offensichtlich mindestens 2 Mio. Euro zur Verfügung stehende IM-Mittel nicht ausgeschöpft wurden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. mit welchen Projekten das betroffene Investitionskonto ursprünglich belegt war, welche nicht umgesetzt wurden.
2. weshalb diese Projekte nicht umgesetzt wurden.
3. ob diese Investitionen zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden sollen und entsprechend höhere Anmeldungen für den kommenden Haushalt drohen.
4. ob das nicht abgerufene IM-Budget innerhalb des Magistrats jenen Verwaltungsstellen angeboten wurde, deren Digitalisierungsprojekte im Haushalt 2024 nicht oder nur unzureichend finanziell ausgestattet wurden.

Beschluss Nr. 0044

1. Die mündlichen Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Hinninger, Frau Stadträtin Koohestanian und Frau Lehnhardt (Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2024

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2024

Dezernat II und Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister